

Neue POLITIK

Kommentar- u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen Neuordnung

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

vielleicht empfinden Sie, nachdem Sie alle drei europa-bezogenen Beiträge in dieser Ausgabe gelesen haben, meinen Beitrag *Gedanken zu Europa* auf Seite 2 ff. als sehr naiv. Ich hatte ihn geschrieben, bevor ich die Fleißarbeit von MEHR DEMOKRATIE e.V. gelesen habe. Nach der Lektüre dieses Textes frage ich mich, wohin die Friedfertigkeit, der sich der Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK verschrieben hat, führen soll. Der Beitrag, den ich mit *Mehr Demokratie?* überschrieben habe, hat mich sehr deprimiert. Er stammt nicht aus einer dubiosen rechten Verschwörungsecke alter Menschen, die das Versagen ihrer Vorfahren und ihr eigenes Versagen durch eine Flucht in politische Märchen und Mythen kaschieren wollen, sondern er stammt aus einem Kreis junger, zukunftsfroher Menschen, die sich offensichtlich über den brisanten Inhalt ihrer Analyse noch gar nicht im klaren sind.

Der europäische ("Verfassungs"-)Vertrag, so wie er zuletzt am 20./21. Juni 2007 in Brüssel verhandelt worden ist, und auf diesen Vertrag bezieht sich die Analyse von MEHR DEMOKRATIE e.V., wandelt Europa ganz bewusst und freiwillig (?) in eine Vereinigung von Sklavenstaaten um. Alles, was es (in Deutschland) seit der Aufklärung im 18./19. Jahrhundert an positiven Entwicklungen zur Freiheit und Demokratie hin gegeben hat, wird rückgängig gemacht.

Auf die Frage, warum Merkel & Co. den ("Verfassungs"-)Vertrag in dieser Form so streng durchsetzen wollen, und, zweite Frage, warum Merkel in ihrer Funktion als "Durch- und Einpeitscherin" dieses Vertrages so hoch gelobt wird, kann ich Ihnen zur Zeit keine Antworten geben. Ich höre und lese die "veröffentlichten Meinungen" zu diesem Thema mit Grausen.

In der jetzigen wirtschaftlichen Weltordnung stopft Europa brav, treu und fleißig die Schuldenlücken und Exportdefizite der US-Amerikaner, privat wie auch staatlich. Wir Europäer, voran wir Deutschen, sind stolz auf unseren Exportüberschuß, deren "Barwert" wir nie erhalten werden. Er dient u.a. der Finanzierung der Kriege im Irak und Afghanistan. Die USA sind von uns abhängig und nicht wir von den USA.

Ist dieser ("Verfassungs"-)Vertrag die Vorbereitung für einen "großen Krieg", einen Krieg, der mit seinem Ausmaßen (Opfern) einer Apokalypse sehr nahe kommen kann?

Es fällt schon auf, daß ausgerechnet Herr Blair, der auf der letzten Europa-Konferenz noch als Premierminister Großbritanniens aufgetreten ist, sich sehr stark von Europa distanziert hat. Will er nicht "zur Apokalypse" gehören?

Es wird berichtet, daß Blair von dem gleichen religiösen Fanatismus "beseelt" ist wie Bush. Die Ernennung des Herrn Blair zum "Nahostbeauftragten" kann durchaus eine "Belohnung" für Wohlverhalten sein oder auch eine Garantie (für die Vereinigten Staaten), daß in Israel/Palästina nichts schief läuft.

In dieser Krisenregion ist der Nahostbeauftragte Blair mehr Bock als Gärtner. Wir dürfen nicht vergessen, daß es der britische Außenminister Balfour war, der am 2. November 1917 in der dann genannten "Balfour-Deklaration" den Zionisten Siedlungsrechte in Palästina zuerkannte, ohne vorher die dort bereits ansässige Bevölkerung zu fragen.

In der Wochenzeitschrift FREITAG vom 22. Juni 2007 wird der Politwissenschaftler Mohssen Massarrat von Lutz Herden interviewt. Auf die Frage *> Weshalb hat Hamas die Entscheidung im Gaza-Streifen gerade jetzt gesucht? <* antwortete Mohssen Massarrat *> Wenn die inzwischen bekannt gewordenen Informationen der Wahrheit entsprechen, dann haben CIA und Mossad (der israelische Geheimdienst) den Fatah-Spitzenpolitiker Mohammed Dahlan und Fatah-Sicherheitskräfte aus Gaza mit modernen Waffen hoch gerüstet. Außerdem sollen in Kairo Fatah-Kräfte für ein gewaltsames Vorgehen gegen Hamas ausgebildet worden sein. Wenn das so ist, dann leuchtet es ein, daß Hamas nicht länger tatenlos zusehen wollte. Sie handelten schnell und kamen dem CIA-Dahlan-Komplotz zuvor. Genau genommen, hat Hamas damit einen Bürgerkrieg in Gaza verhindert. <* und an anderer Stelle fragt Lutz Herden *> Wären Sie Berater der israelischen Regierung, was würden Sie ihr angesichts der entstandenen Lage empfehlen? <* Mohssen Massarrat antwortet *> Eine wunderschöne Frage. Ich würde ihr raten, hört endlich auf mit der gescheiterten Politik des "Divide et impera"! Hört auf damit, weil diese Politik auf dem besten Wege ist, Palästina zu irakisieren und damit auch die Sicherheit für Israels Bürger dramatisch zu verschlechtern. Ich würde offen sagen, Ihre Politik ist nicht nur zutiefst antidemokratisch und amoralisch - sie ist nichts anderes als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die eigene Bevölkerung eingeschlossen.<*

Eine wunderschöne Antwort.

Olmert, der israelische Ministerpräsident, korruptionsverdächtig und überglücklich, daß der Kampf der Palästinenser untereinander garantiert, weiter im Amt zu bleiben, hat während des Treffens in Sharm el Sheikh am 26. Juni.2007 dem palästinensischen Präsidenten Abbas versprochen, 250 von 9000 Palästinensern, die sich in israelischen Gefängnissen befinden, freizulassen. Eine tolle humanitäre Geste. Bravo!

Es ist schon erstaunlich, wie schnell ich von Europa aus in Israel/Palästina gelandet bin. Dabei gibt es genug aus unserem Land zu kommentieren, zum Beispiel eine Nachricht in der Wochenzeitschrift FREITAG vom 15. Juni 2007. Steffen Vogel berichtet über eine Demonstration vor dem G8-Gipfeltreffen in Rostock: *> Die allgegenwärtigen Aufnahmen von der Auftaktrandale bedürfen wohl einer Neubewertung. Von tausend Verletzten ist schon lange keine Rede mehr, die Schreckenszahl ist weit nach unten ins Unbestimmte korrigiert worden. Zwei stationär behandelte Beamte meldet die Polizei, dazu Prellungen und Beschwerden, die das eigene Tränengas verursacht hat. Von den Demonstranten weiß man nichts Genaueres, viele haben aus Angst vor der Polizei die Krankenhäuser gemieden. Pünktlich zur Abschlußkundgebung muß die Sondereinheit Kavala zudem einräumen, eine ungenannte Zahl Beamte habe sich während der vergangenen Woche in zivilem Dress unter die Gipfelgegner gemischt. Ein Bremer Polizist ist zwei Tage zuvor aus einer Blockade gedrängt worden: Die schwarze Kapuze tief ins Gesicht gezogen, wollte er Augenzeugen zufolge Demonstranten zu Steinwürfen aufwiegeln. Die Kavala bestreitet dies: Der getarnte Polizist habe bloß Straftaten melden sollen. Kurz zuvor hat ein Sprecher derselben Einheit den Einsatz von Zivilpolizisten noch als "inakzeptabel und unverhältnismäßig" bezeichnet. Genau deshalb verlangt eine Frage nach Antwort: Hat allein der kräftig dämonisierte Schwarze Block die Auseinandersetzungen von Rostock provoziert? Oder sind ihm ein paar Polizisten zur Hand gegangen wie vor sechs Jahren in Genua? <* Die nächste Ausgabe erscheint im September 2007. Bleiben Sie mir bis dahin gewogen. Über Leserbriefe und Buchbestellungen würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)

Abgeschlossen am 20. Juli 2007

Gedanken zu Europa

(D.K.) Ist es uns, den Deutschen, den Europäern, überhaupt klar, was für ein Europa wir haben wollen? Das Kürzel EU heißt ausgeschrieben Europäische **Union**. Was ist eine **Union**? Im Etymologischen Wörterbuch steht lapidar: **Union**, ab 16. Jahrhundert, entlehnt aus dem Lateinischen = *unio / unos*: > ein, in eins <. Erleben wir uns in Europa als **eins**?

In der Brockhaus Enzyklopädie von 1974 ist politikbezogen zu lesen: **Union** [lat.], Vereinigung, Bund; Staatslehre: eine Art der Staatenverbindung, die dauernder oder enger ist als die Allianz oder **Konföderation**. **Union** ist insbesondere die Verbundenheit mehrerer Staaten durch denselben Monarchen (Personalunion, -> Realunion). Doch kann sich eine Union auch ohne Gemeinsamkeit des Staatsoberhauptes ergeben, wenn andere Staatsorgane gemeinsam sind (Kalmarer Union; Utrechter Union = Niederlande, Geschichte). Auch der Akt, durch den mehrere Staaten sich zu einem verschmelzen, wird oft Union genannt (Union zwischen England und Schottland 1707 zu Großbritannien, Union zwischen Großbritannien und Irland 1801). Die Verbindung der von Großbritannien abgefallenen nordamerikanischen Kolonien (anfänglich Konföderation) nahm 1787 den Namen Union an (Vereinigte Staaten). Für den 1849 nach dem Scheitern der Frankfurter Reichsverfassung geplanten Bundesstaat bürgerte sich der Name > Erfurter Union < ein. Neuerdings werden auch Vereinigungen mehrerer Staaten zur Besorgung einer gemeinsamen Verwaltungsangelegenheit durch gemeinsame Einrichtungen (Büros, Behörden) mit dem Namen Union bezeichnet (Montan-Union; Zoll-Union).

Es scheint mir, daß der Begriff **Union** mit sehr variablen Inhalten gefüllt werden kann. Deshalb möchte ich mir noch einen anderen, in Zusammenhang mit Europa nicht oft verwendeten Begriff **Föderation** bzw. **Konföderation** ansehen.

Im Etymologischen Wörterbuch steht unter **Föderalismus** folgendes: 'bundesstaatliche Staatsform' (ab 19. Jahrhundert). Neubildung zu lateinisch (*cōn*)*foederatio* (-ōnis) für 'Vereinigung' (auch deutsch als Konföderation), einer Ableitung von lateinisch *foederare* 'durch ein Bündnis vereinen', zu \lateinisch *foedus neutrum* 'Bündnis'; dieses zu lateinisch *fidere* 'vertrauen'. Die Bildung zunächst in französisch *fédéralisme*. Adjektiv: *fédéralistisch*. Das gleiche Grundwort (lateinisch *fidere*) liegt auch *fidel*, *Hi-Fi* und *perfid*e zugrunde.

Meine Brockhaus Enzyklopädie von 1974 hat bei **Föderation** eine unverzeihliche Lücke. Im Internet habe ich über **Föderation** alles Mögliche gefunden, nur nicht eine eigenmaßen neutrale Begriffsdefinition. Erstaunlich! Unter **Konföderation** fand ich in meiner Brockhaus Enzyklopädie folgendes: **Konföderation** [lat. >Bündnis<], Staatenbund (Föderation), Verbindung; in Polen auch die Adelsgruppen, die sich für bestimmte Ziele bildeten und während eines Interregnums die Herrschaftsgewalt übernahmen. Die Konföderation von Warschau (1573) sicherte die

Religionsfreiheit, die Konföderation von Bar (1768) verfolgte nationale, antirussische Ziele, die Konföderation von Targowica (1792) wandte sich gegen die Verfassung vom 3. 5. 1791. Häufig richteten sie sich gegen den König, entfesselten dadurch innere Unruhen und trugen viel zur Auflösung des alt-polnischen Staates bei.

Wobei wir fast schon bei einem der Themen wären. Aber lassen Sie mich noch auf allgemeine Gesichtspunkte eingehen.

Ich habe unter Konföderation immer einen Staatenbund verstanden, in der größtmögliche Zusammenarbeit vereinbart wird und in der möglichst viele Besonderheiten erhalten bleiben. So hielt ich z.B. eine gesamtdeutsche (**Kon-**) **Föderation** für möglich, in der die jeweiligen Staatsformen und die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der DDR und der BRD (vorerst) erhalten geblieben wären Eine **Union** erschien mir immer zu weitgehend und vielleicht auch beliebig zu sein.

Auf die europäische Ebene übertragen, wäre in einer **Konföderation** das Miteinander von Monarchien und Republiken ohne Probleme möglich. In einer **Konföderation** wäre möglicherweise eine gemeinsame Repräsentation nach außen notwendiger, als eine total verbürokratisierte Nivellierung und Komplizierung sozialer und wirtschaftlicher Gesetze im Innern. Ein Konföderationsvertrag könnte die Bestimmung enthalten, daß gemeinsame, auf die jeweilige Innenpolitik gerichtete Gesetze nur dann wirksam sein dürfen, wenn sie für alle Mitglieder einen für das jeweilige Staatsvolk substantiellen Fortschritt bedeuten. Nach meiner Auffassung wäre eine **Konföderation** außerordentlich verbindlich, wenn sich die Staaten auf Gewaltfreiheit nach innen und nach außen verpflichten würden. Die Regierungen der Staaten in einer **Konföderation** sind von ihren Völkern weitaus verantwortlicher zu machen. Die demokratische Kontrolle nach den Traditionen eines jeden Mitgliedslandes kann effektiver erfolgen, als bei einer **Union**.

In einer **Konföderation** sollte übrigens jeder teilnehmende Staat nur eine Stimme haben, unabhängig von der Bevölkerungszahl. Eine **Konföderation** hat keine Hilfgelder zu vergeben. Ein möglicherweise notwendiger finanzieller Ausgleich zwischen den Staaten hat bilateral bzw. regional zu erfolgen. Ich bin überhaupt der Auffassung, daß, wenn Staatsgrenzen wirtschaftlich und sozial überwunden werden sollen, das sehr gut und fast nur regional erfolgen kann. Regionale Wirtschaftskreisläufe werden in den nächsten Jahren interessanter und wichtiger werden als der wirtschaftliche Verkehr mit der Volksrepublik China oder den Vereinigten Staaten von Amerika. Das hat was mit den Energiekosten zu tun, mit der Arbeitslosigkeit, und, um ein neudeutsches Wort zu benutzen, mit der Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns.

Hier an dieser Stelle müssen wir uns die Frage stellen, was für einen Zweck die Europäische Union (EU), die früher einmal Europäische Ge-

meinschaft (EG) genannt wurde, hatte und hat. > 1951 schlossen sich Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Deutschland, Italien und Frankreich zur Montanunion bzw. EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) zusammen. Der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sowie eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) zu gründen, scheiterte 1954 an der französischen Nationalversammlung. Daraufhin wurden 1957 mit den Römischen Verträgen die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Der Sammelbegriff Europäische Gemeinschaften (für EGKS, Euratom und EWG) wurde im alltäglichen Sprachgebrauch mehr und mehr durch den Singular Europäische Gemeinschaft verdrängt. Mit dem Maastrichter Vertrag 1993 wurde schließlich die Europäische Union gegründet, die die alten Gemeinschaften und Kooperationsformen umfaßt. Nach der Ost-Erweiterung in den Jahren 2004 und 2007 zählt diese 27 Mitglieder.<

Diesen Text habe ich WIKIPEDIA = Europa = Politische Organisationen entnommen. Interessant ist, daß von **wirtschaftlichen Organisationen** nicht die Rede ist.

"Europa" war zu Anfang, nach 1945, eine Methode, Deutschland wirtschaftlich und militärisch unter Kontrolle zu halten. "Unter Kontrolle" heißt natürlich auch "unter Einfluß". Begründet wurde dieses "unter Kontrolle" bzw. "unter Einfluß" damit, daß die Deutschen eigentlich alle Verbrecher sind und nie mehr Selbstständigkeit (Souveränität) erlangen sollten. Diese (schmutzige) Ideologie hat insofern eine Erweiterung erfahren, als die Großkonzerne, nunmehr multinational organisiert und in ihrer Verantwortlichkeit nicht mehr faßbar, ihre Kontrolle und ihren Einfluß auf ganz Europa ausdehnen. Sie stoßen auf europäische Länder, die sich mehr denn je auf "Hilfe aus Brüssel" (fremde Steuergelder) verlassen, als daß sie aus eigener Kraft nach neuen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Lösungen suchen. Das ist auch für die Bundesrepublik Deutschland mehr als nötig.

Leser Dr. H.G. Vogelsang schreibt in einer Email am 13. Juni 2007: > Zu den fünf Ländern mit den höchsten Militärausgaben zählen außer den USA, China und Japan auch Frankreich und Großbritannien. < 62 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges befinden sich zwei Mitglieder der Europäischen **Union** auf Platz 4 + 5 der Rüstungsmächte. Wozu, frage ich mich - soll wieder ein europäischer Krieg "vom Zaun gebrochen" werden?

IMPRESSUM

Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber und Redaktion: von Dieter Kersten im Verlag NEUE POLITIK GmbH; Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030 - 822 52 11, Fax 030 - 821 62 88, www.neuepolitik.com, Email kersten@snafu.de. Konto: NEUE POLITIK GmbH, bei der Berliner Bank AG., Konto-Nr. 3534323001, BLZ 100 200 00

Erscheinungsweise: neunmal im Jahr und kostet im Abonnement € 15,60 jährlich (europäisches Ausland € 18,-, außereuropäisches Ausland € 21,-). Eine Kündigung ist jeweils zum Abonnementende möglich. Alle mit D.K. gekennzeichneten Beiträge stammen vom Herausgeber. Der Abdruck aller Beiträge ist mit Quellenangabe gestattet. Wir bitten um ein Belegexemplar.

Der Vollständigkeit halber: Deutschland befindet sich mit 2,8 Milliarden Euro auf Platz 3 des weltweiten Export-Rankings. Kein Wunder also, wenn nicht nur DIE LINKE schweigt; geht es doch um Arbeitsplätze. Diese zu sichern, bedarf es neuer Ideen, und die hat keine Parlamentspartei irgendwo in Europa - soweit mir bekannt ist. Um Wachstum in die Rüstungsmilliarden zu bringen, müssen Kriege initiiert werden. Die begleitende Wohltätigkeit ist auch ein großes Geschäft - für Deutschland und Europa.

Noch einmal: neue wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Lösungen müssen her, um Frieden, Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen. Wir haben genug Ideen-Bringer: Silvio Gesell und sein "fließendes Geld", Rudolf Steiner mit seiner "Dreiteilung des sozialen Organismus", Artur Mahraun mit seiner grundsätzlichen Demokratie-Reform durch Nachbarschaften und Götz Werner und das "bedingungslose Grundeinkommen".

Wir brauchen keine Soldaten und keinen Krieg, wir brauchen nur neue Ideen für ein friedliches Zusammenleben.

Bei einem europäischen Großereignis schienen den Medien fast in Atem anzuhalten: beim Gipfel der Europäischen Union in Brüssel am 21./22. Juni 2007. Die Verfassung ist "out", der Vertrag ist "in". Trotz "Atem anhalten" zeichnet es den Gipfel aus, daß es keine inhaltlichen Informationen gibt. Ich habe heute, am 24. Juni, versucht, den neuen europäischen Vertrag im Internet zu lesen. Es ist mir nicht gelungen. Nichts von Bürgernähe! Wir haben zu schlucken, was die Obrigkeit für uns als Giftgetränke bereithält. Nach

außen drang, daß Großbritannien (Premierminister Blair) dem "Grundrechtekatalog", der "Fahne" und der "Hymne" nicht zugestimmt hat, obwohl diese drei Themen durch die Zustimmung zur "Verfassung" bereits abgehakt waren.

Ich fordere, daß in allen 27 EU-Staaten der Vertrag durch Volksabstimmungen bestätigt werden muß.

Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hatte am Donnerstag im fernen Warschau argumentiert, ohne den Zweiten Weltkrieg und die Mordaktionen der Deutschen an der polnischen Bevölkerung wäre Polen heute ein Staat mit 66 statt 38 Millionen Einwohnern. Mit dieser absurden Argumentation wollte er mehr Stimmrechte in der EU erreichen. Sein Zwillingbruder, der Staatspräsident Lech Aleksander Kaczynski, der in Brüssel Polen vertrat, hat diese abartige Argumentation in den Verhandlungen vertreten. In der Berichterstattung nach Außen wird besonders hervorgehoben, daß Angela Merkel als Ratspräsidentin und deutsche Bundeskanzlerin auf diese Feindseligkeit gegenüber den Deutschen nicht eingegangen ist. Ich finde das sehr erfreulich, weil es nichts bringt, solchen Leuten, die ja Macht und Deutungshoheit für sich beanspruchen, ihren Unsinn amtlich vorzuhalten. Ich bin jedoch nicht Mitglied des EU-Rates oder der Bundesregierung und darf mich zu diesem Kaczynski-Blödsinn äußern. Etwas polnische Geschichte ist notwendig.

Die Kaczynski-Zwillinge sind heute noch Anhänger des polnischen Marschalls Józef Pilsudski (1867-1935), der maßgeblich an dem Kampf um die polnische Einheit und Unab-

hängigkeit beteiligt war. 1923 hatte sich Pilsudski aus der Politik zurück gezogen. Am 12.-15. Mai 1926 kam der Marschall durch einen Staatsstreich wieder an die Macht. Hintergrund war eine Verschlechterung der außenpolitischen Lage sowie Mißwirtschaft und Korruption im Innern. Gestützt auf die Loyalität der Armee und auf sein hohes Ansehen bei der Bevölkerung errichtete Pilsudski eine Staatsform autoritärer Prägung, die er "**moralische Diktatur**" nannte. 1928-1930 wandelte sich der gemäßigte Charakter der "moralischen Diktatur". Neben Verfassungsbrüchen kam es verstärkt zur Verfolgung politischer Gegner.

Vor und während dieser "**moralischen Diktatur**" in Polen kam es auch zu Judenpogromen und zu Pogromen gegen die deutsche Volksgruppe. Es gibt keine Beweise, daß Marschall Józef Pilsudski der Initiator dieser Pogrome war, aber er hat sie geduldet. Diese Pogrome und die bössartige Vertreibung der Deutschen ab 1945 aus dem polnischen Staatsgebiet haben natürlich der Bevölkerungsentwicklung einen Bärendienst erwiesen. Die polnische Gesellschaft von damals trägt dafür die Verantwortung.

Die Kaczynski-Zwillinge fühlen sich als Nachfolger Marschall Józef Pilsudskis und versprechen "**moralische Erneuerung**".

Der luxemburgische Ministerpräsident Juncker soll gesagt haben, die Kaczynski-Zwillinge leiden an einer Antideutschen-Phobie. Das ist ein medizinisch-psychologisches Problem, was in den zuständigen Kliniken gelöst werden sollte. Die polnischen Wähler müssen dem Treiben der Kaczynskis ein Ende setzen. □

(D.K.) Den nachfolgenden Text habe ich der Web-Seite www.n-tv.de/818346.html vom 24. Juni 2007 entnommen.

Mehrgeschwindigkeits-Europa Zwischenruf von Manfred Bleskin

Verlauf und Ergebnisse des Gipfels der Europäischen Union in Brüssel sagen viel aus über den Zustand der Gemeinschaft.

Aus einem Zusammenschluß, der einst das hehre Ziel einer wirtschaftlichen und politischen Bruderschaft (West-)Europas verfolgte, ist ein Haufen Selbstüchtiger geworden. Dem Einsatz für die Lehre aus Weltkrieg II, daß erfundene Erbfeindschaften zum Untergang von Kultur und Demokratie führen, ist einem Kreislauf beständiger Rivalität gewichen, in der jeder zuerst auf das eigene und dann, wenn überhaupt, auf das europäische Wohl bedacht ist. Die Verfassung ist vom Tisch, geblieben ist ein Zeitplan für einen Grundlagenvertrag samt einiger seiner Eckpunkte.

Daß es unter diesen Umständen gelungen ist, einen offenen Bruch zu vermeiden, grenzt auf den ersten Blick an ein Wunder. Beim zwei-

ten Hinsehen wird klar, daß trotz aller Gegensätzlichkeiten für die Wirtschaft der Mitgliedsländer die Vorteile überwiegen. Das kitet zusammen wie Pech und Schwefel, auch wenn die bereits an einigen Stellen zu tropfen beginnen: In Ländern wie Rumänien und der Slowakei zeichnet sich wegen der Freizügigkeit auf dem so genannten Arbeitsmarkt ein erstzunehmender Fachkräftemangel ab.

Der Kompromiß bei der Stimmengewichtung erweckt den Eindruck, daß sich das Problem auf dem Wege der Lösung befindet. Das Mißtrauen von Staaten wie Polen, Tschechien und Ungarn in das politische und ökonomische Gewicht der Kern-EU-Mitglieder aber bleibt. Gerade dort gewinnen Rechtskonservative an Einfluß oder sind bereits an der Regierung, denen der Europagedanke wenig, die eigenen, nationalistischen Machtinteressen aber alles sagen. Die Ratspräsidentin hatte gedroht, es ginge auch ohne Polen. Glaubt jemand ernsthaft, daß sich die Kaczynski-Zwillinge nun vor Liebe zu Deutschland verzehren?

Brüssel 2007 war der dritte Schritt zur Institutionalisierung eines Mehrgeschwindigkeits-Europa. Der zweite war die schrittweise Einführung des Euro, die in den neunziger Jahren begann. Und der erste wurde 1985 mit dem Schengener Abkommen getan, das zehn Jahre später in Kraft trat. Was auch immer die ge-

plante Regierungskonferenz beschließt: Das Ausnahmerecht Großbritanniens in Sachen Justiz und Polizei wird in praxi andere Mitgliedstaaten animieren, gleiches Recht für sich zu reklamieren. Bei der Sozialgesetzgebung gilt dieses Prinzip ohnehin schon. Festlegungen sind mehr denn je auslegbar. In Zukunft können nationale Parlamente innerhalb von acht Wochen gegen beabsichtigte Rechtsakte der EU Einspruch erheben, falls sie meinen, daß sie nationale Zuständigkeit verletzen. Das ist der Anfang vom Ende einer europäischen Gesetzlichkeit.

Am Sitz der Europäischen Union wurde zuviel über Formalia gestritten, die Inhalte auf später verschoben. Einigung wurde erzielt, daß ein künftiger EU-Außenminister nicht mehr so heißen soll, sondern den sperrigen Titel "Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik". Welche Außenpolitik aber soll er denn künftig hoch vertreten, wenn die Union schon jetzt in Willige und Unwillige gespalten ist, um nur bei der Irak-Frage zu bleiben?

Belgiens Außenminister Karel De Gucht hat den Gipfel so charakterisiert: "Die Verfassung hatte das Ziel, lesbar zu sein. Dieser Text hat das Ziel, möglichst unlesbar zu sein." Keine sichere Brücke, über welche die EU da in den nächsten Jahrzehnten schreiten will. □

Mehr Demokratie?

(D.K.) Mehr Demokratie e.V. Greifswalder Str. 4 10405 Berlin Tel. 030-42082370, info@mehr-demokratie.de hat mir am 14. Juni 2007, also fast eine Woche vor dem EU-Gipfel den nachstehenden Text zugesandt, den ich Ihnen, obwohl er vielleicht da und dort überholt ist, nicht vorenthalten will. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich die interessanten Newsletter zusenden zu lassen.

1. Wußten Sie, daß unsere Volksvertreter einer Verfassung zugestimmt haben, die bestimmt:

Was Brüssel sagt, das müssen wir machen!

So steht es im Text: "Diese Verfassung und das von den Organen der Union in Ausübung der Union übertragenen Zuständigkeiten gesetzte Recht haben Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten."

Bis 2004 kamen ca. 2/3 aller Gesetze aus Brüssel, mit Strafen versehen, wenn sich ein Land nicht daran hält. Die Vorgaben der EU sollen nach dieser Verfassung sogar noch über den Verfassungen und Grundgesetzen der Mitgliedsländer stehen.

Dieser Artikel stand im Entwurf der Verfassung weit hinten. Um zu zeigen, wie ernst er gemeint ist, steht er jetzt weiter vorne - noch vor den Grundrechten. (Art. 1-6, S. 18).

2. Hätten Sie geglaubt, daß Brüssel Teile dieser Verfassung nach eigenem Gutdünken abändern kann?

Von 321 Bestimmungen des Teils 3 dürfen 154 geändert werden - ohne eine Regierungskonferenz, und ohne daß das EU-Parlament zustimmen muß.

Darunter sind sehr wichtige Bereiche: europäischer Binnenmarkt; Arbeitnehmer; freier Warenverkehr; Kapital- und Zahlungsverkehr; Wettbewerbsregeln; Wirtschafts- und Währungspolitik; Umwelt; Verbraucherschutz; Verkehr; Landwirtschaft; Justiz; Industrie.

Es reicht schon, wenn das EU - Parlament nur "angehört wird; nur der Europäische Rat muss sich einig sein (Art. IV-445, S. 197)

3. Darf sich Brüssel mit einer Selbstbedienungsklausel alles erlauben?

Mit der "Flexibilitätsklausel" hat sich die EU eine Hintertür eingebaut.

Eigentlich war beschlossen, daß die EU nur dann tätig werden darf, wenn sie dazu ausdrücklich befugt werden würde - die so genannte "begrenzte Einzelermächtigung".

Aber das wird durch eine unverfänglich klingende "Flexibilitätsklausel" unterlaufen: Fehlt Brüssel die eigentlich erforderliche Ermächtigung, darf man dennoch "geeignete Maßnahmen"

ergreifen, so man das für richtig hält. Brüssel muß sich nur eine einstimmige Zustimmung eines Ministerrates und die der Mehrheit des Parlaments verschaffen (Art. 1-18).

4. Haben Sie gemeint, dieser Verfassungsentwurf sei demokratisch zustande gekommen?

Es sei "eine Leistung" des sog. Verfassungskonvents gewesen, diese Verfassung "im Namen der Bürgerinnen und Bürger" Europas auszuarbeiten, loben sich die Verfassungserarbeiter in ihrer Präambel selbst. Damit man nicht merken sollte, daß der Entwurf nur von EU-gläubigen Politikern stammt, dachte man sich eine "Anhörung der Zivilgesellschaft" aus. Aber sogar dieses Feigenblatt hatte Löcher:

Selbst die (sorgsam ausgesuchten) 50 Bürger durften sich jeweils nur ein paar Minuten äußern.

(Dokumentation: Konvent - Teilnehmer A. Wehr "Europa ohne Demokratie" ISBN 3-89438-272-4)

5. Würden Sie gerne erfahren, wie viele der Konvent-Mitglieder diese Verfassung abgelehnt haben?

Es haben nicht alle Teilnehmer unterzeichnet.

Weil die Bürger nicht erfahren sollten, welche Vertreter welcher Länder die Verfassung abgelehnt hatten, wurde die Liste geheim gehalten.

(Näheres: "Europa ohne Demokratie?" v. Andreas Wehr ISBN 3-89438-272-4)

6. Wissen Sie in welcher Eile in manchen Ländern diese Verfassung durchgepeitscht wurde?

..Die litauischen Abgeordneten ratifizierten den Text ohne öffentliche Debatte, noch ehe auch nur der Entwurf im Amtsblatt der Union veröffentlicht worden war.

Erst nach der Ratifizierung wurde bekannt, daß der litauische Text auf den fünfhundert Seiten 400 Übersetzungsfehler enthielt. ("Demokratie in der EU" 3/07, S. 25)

7. Der EU-Verfassungsvertrag wird durch ein Gesetz als für die deutschen Bürger verbindlich erklärt, das der Bundestag erläßt. Doch wollen Sie einen Vertrag befolgen müssen, von dem selbst ein Bundestagsabgeordneter sagt (Hermann Scheer, SPD, Alternativer Nobelpreis 1999):

"Es gibt kaum Korrekturmöglichkeiten internationaler Verträge, falls sich ihre Umsetzung (später) als unverhältnismäßig, unzulänglich, verfehlt oder gar verhängnisvoll herausstellt. Das Parlament eines Staates kann ein fehlerhaftes Gesetz ändern: Internationale Verträge sind demgegenüber fest wie Beton".

("Die Politiker" v. H. Scheer, 2003, S. 133)

8. Halten Sie es für akzeptabel, daß unsere Volksvertreter solche Beton - Verträge einfach abnicken? Der Verfassungsexperte Prof. Schachtschneider stellt dazu fest:

Die meisten Abgeordneten jedenfalls des Deutschen Bundestags pflegen den Gemeinschaftsverträgen blindlings zuzustimmen.. ;denn deren Ablehnung gilt als politisch inkorrekt. Einen meßbaren Ein-

fluß haben die Abgeordneten auf die Verträge nicht, vor allem weil ..die Regierung sich bereits gebunden hat".

("Deutschland nach dem Konventsentwurf" v. Schachtschneider in "Recht u. Politik" 39, S. 202)

9. Haben Sie Vertrauen zu einer Verfassung, die von einem Parlament durchgewunken wurde, dessen Präsident Lammert ungehört sogar die Gewaltenteilung in Frage stellt:

"Es ist nicht überzeugend, den Grundsatz der Gewaltenteilung ohne weiteres auf die EU zu übertragen."

Dabei ist die Aufteilung der Staatsgewalt auf Parlament, Regierung und Rechtsprechung eine der wichtigsten Säulen der Demokratie - genau wie die Meinungsfreiheit oder die Gleichheit vor dem Gesetz.

Wenn nun sogar der Präsident des Bundestags Norbert Lammert findet, daß man in der EU darauf verzichten kann - dann muß man sich schon Gedanken darüber machen, wie viel seinem Parlament die demokratischen Grundregeln noch etwas bedeuteten, als es dieser Verfassung zustimmte.

(Lammert "Europa leben lassen", Welt am Sonntag, 18.03.07)

10. Soll man durch diese Verfassung einen Zustand verfestigen, von dem Roman Herzog schreibt:

"Es stellt sich die Frage, ob man die Bundesrepublik Deutschland noch uneingeschränkt als eine parlamentarische Demokratie bezeichnen kann".

(Welt am Sonntag, 14.01.07)

Prof. Herzog war immerhin 5 Jahre lang Präsident dieser Bundesrepublik.

11. Und müßte es die Politiker in diesem Land nicht zum Nachdenken bringen, wenn ausgerechnet Roman Herzog fordert:

"Diese Verfassung ist abzulehnen".

(Welt am Sonntag, 14. 01. 07)

Prof. Herzog war immerhin 12 Jahre lang Vize-, dann Präsident des Bundesverfassungsgerichtes.

12. Ist es nicht verdächtig, wenn Bundeskanzlerin Merkel in ihrem verzweifelten Bemühen verlangt, die EU - Verfassung eilig durchzuziehen: Die EU brauche nicht weniger Zuständigkeiten, sondern:

"Die EU braucht mehr Zuständigkeiten als heute. Es gibt den Willen, die Dinge schnell zu bearbeiten".

(50. Jahrestag Römische Verträge am 25. 03. 2007)

Der Parlamentspräsident Lammert erklärt dazu, die Machtverschiebung nach Brüssel sei ja "das Ergebnis kalkulierten politischen Handelns". Waren die Bürger an diesem Handel beteiligt?

13. Soll Brüssel tatsächlich auch noch für den Sport zuständig sein?

In der Verfassung ist bestimmt daß Brüssel auch für Sport und sogar den Tourismus Zuständigkeiten bekommt. (Art. 1-17, S. 23)

14. Der Gleichheitsgrundsatz im Europäischen Parlament wird grob mißachtet?

Die Deutschen haben ein Viertel zu wenig Abgeordnete im EU-Parlament.

Entsprechend der Bevölkerungszahl müßten die deutschen Interessen von 124 Abgeordneten wahrgenommen werden. Aber die Verfassung gesteht Deutschland viel weniger Vertreter zu: nur 96 gegenüber 654 anderen - es fehlt also rund ein Viertel der politischen Kraft. Und bei künftigen Erweiterungen wird es noch viel schlimmer.

Dabei schreibt das deutsche Grundgesetz vor, daß alle Wahlen "allgemein, unmittelbar, frei, geheim und gleich" stattzufinden haben. In der EU-Verfassung steht fast dasselbe, nur das Wort "gleich" hat man klammheimlich weggestrichen.

(Art. 1-20, S. 25 und Schlussakte, 34. Protokoll, Art. I, S. 389)

15. Wissen Sie, wie viel (Steuerzahler-) Geld es kostet, daß die EU beschlossen hat, ihr Parlament abwechselnd in Straßburg und in Brüssel tagen zu lassen? Und wie viel höchstbezahlte Zeit für das Hin und Her der Abgeordneten verschwendet wird? Man schätzt:

Das dauernde Umziehen der europäischen Abgeordneten belastet die Steuerzahler im Jahr mit etwa 200 Millionen Euro.

In der EU-Verfassung wird das so ausdrücklich so festgeschrieben. (Schlussakte, 6. Protokoll, S. 267)

16. Akzeptieren Sie, wenn die EU-Verfassung vorsieht:

Die EU darf einen Krieg anfangen, ohne das Europäische Parlament zu fragen.

Über Militäreinsätze entscheidet allein der Ministerrat der EU. Das Parlament hat weder eine Entscheidungsbefugnis noch eine Kontrolle über Truppeneinsätze und entsprechende Außenpolitik. Es wird sogar ausdrücklich bestimmt, daß nicht einmal der Europäische Gerichtshof eine Kontrollmöglichkeit hat.

(Art. 1-41, S. 37 und Art. HI-376. S. 169)

17. Wollen Sie mit Ihren Steuern mehr Panzer und Tornados finanzieren?

Die EU-Bürger sind mit dieser Verfassung verpflichtet, mehr Geld für militärische Aufrüstung auszugeben.

Die Verfasser haben das sehr verschämt ausgedrückt: Sie verpflichteten die Mitgliedsstaaten, "ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" - und das heißt im Klartext: mehr Geld für Rüstung.

(Art. 1-41, Abs. 3. S. 37)

18. Wollen Sie, daß in Ihrer Verfassung steht:

In gewissen Fällen ist die Todesstrafe erlaubt.

In der Schlußakte der geplanten EU-Verfassung heißt es wörtlich:

"3b) Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden."

(Schlussakte, Erklärung 12, Art. 2, S. 434)

19. Finden Sie eine Verfassung gut, in der erlaubt wird:

Man darf in eine revoltierende Menge schießen.

Die EU-Verfassung erklärt eine "Tötung" für zulässig, "wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen".

(Schlussakte, Erklärung 12, Art. 2, S.434)

20. Möchten Sie eine Verfassung in Deutschland haben, vor welcher der Verfassungsexperte Prof. Schachtschneider warnt:

Die EU-Verfassung versetzt der deutschen Mitbestimmung den Todesstoß.

Der Europäische Gerichtshof hat bestimmt, daß ausländische Unternehmen sich auch in Deutschland nach der Rechtsreform ihres Heimatlandes richten dürfen: Dann aber sind sie nicht mehr mitbestimmungspflichtig.

Der - sehr europabegeisterte - Jean-Claude Juncker, Premier von Luxemburg: "Ich habe noch nie eine derartige Untransparenz, eine völlig undurchsichtige, sich dem demokratischen Wettbewerb der Ideen entziehende Veranstaltung erlebt. Der Verfassungskonvent ist angekündigt worden als die große Demokratie -Show- ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als diesen Konvent".

Spiegel 16. Juni 2003

Die EU-Verfassung würde diese Entscheidung festschreiben.

(EuGH v. 30.9.2003 - RS. 167/01, Art. IV-438 Abs. 4, S. 194)

21. Wollen Sie eine Verfassung einer Machtzentrale, die von ihrem eigenen Vizepräsidenten Günter Verheugen öffentlich angeprangert wird:

„Die Entwicklung hat den Beamten eine solche Machtfülle eingebracht... Es wird zu viel von Beamten entschieden. ... Wenn ich Schreiben von (EU) Beamten lese, bin ich entsetzt: technisch, arrogant von oben herab". (Interview Süddeutsche Zeitung 05.10.06)

22. Wollen Sie, daß den EU-Beamten ein Freibrief ausgestellt wird?

40.000 EU-Leute wollen immerwährende Immunität.

Erinnern Sie sich: 1999 mußte die EU-Kommission, also die ganze Spitze, wegen eines Korruptionsfalles zurücktreten.

Dennoch räumt man den EU-Beamten Immunität für ihre gesamte Arbeit ein, selbst für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

In keinem der einzelnen Mitgliedsländer käme man auf die Idee, seinen Beamten Immunität zu verleihen - aber in Brüssel will man nicht zur Verantwortung gezogen werden können; dabei wird dort viel einschneidender in das Leben von 500 Millio-

nen Menschen eingegriffen.

Diese Verantwortungslosigkeit wird in der geplanten Verfassung nicht nur für Beamte, sondern auch noch für "sonstige Bedienstete der Union" für alle Zeiten fortgeschrieben.

(Schlußakte, 7. Protokoll, Art. 11, S.270)

23. Wußten Sie, daß unsere Volksvertreter einer Verfassung zugestimmt haben, die bestimmt:

Die „Achtung des Privat- und Familienlebens" darf eingeschränkt werden, jedenfalls die der Wohnung oder von Telefon und Briefen-..für das wirtschaftliche Wohl des Landes" oder ..zum Schutz der Moral".

Wer definiert dieses "wirtschaftliche Wohl"? Die EU, deren Wirtschaftspolitik vielleicht angegriffen wird? Oder bei einem Streik, der Arbeitgeber-Verband? Bei Demonstrationen gegen Arbeitsplatz - Vernichtung: die Vereinigung der Hedge -Fonds?

Und der Schutz welcher "Moral"? Oben ohne im Freibad? Abonnement eines Erotik-Senders? 3 x geschieden? Verheiratet, aber Kind mit einer Geliebten?

(Schlußakte, Erklärung 12, Art. 7, S. 438)

Die Quellen-Angaben und die Seitenzahlen beziehen sich auf die offiziell von der EU herausgegebene "Vertrag über eine Verfassung von Europa" (ISBN 92-824-3098-7) □

Bürokratie

(spectator) Die *Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (GEZ)* in Köln ist eine sehr aufmerksame Behörde. "1.100", so heißt es im Internet unter www.gez.de, "qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" kümmern sich um die Bewohner der BRD. Es gilt, für Rundfunk und Fernsehen Gebühren einzutreiben, die "Mediensteuern" gleichkommen. Interessant wäre es, zu erfahren, ob diese "Mediensteuern" der statistischen jährlichen Steuerbelastung des Bürgers zugerechnet werden. Diese "Steuerbelastung" trifft übrigens mehr Bürger als von Finanzamt betreut. Ein geringes Einkommen oder das Alter schützt den "Steuer-Bürger" nicht vor einer Gebührenzahlung und deren Eintreibung. Im Gegenteil!! Stattdessen gibt es eine Palette von Befreiungen.

Ich will auf eine Aufzählung der Befreiungen verzichten, weil es Sie vermutlich langweilt. Ich kann nur feststellen, daß die Lobby der Gruppe der "öffentlich-rechtlich Beschäftigten", die der Beamten und Angestellten des Steuerzahlers (Staates), "sauber" gearbeitet hat. Anstatt eine allgemeingültige Einkommensgrenze festzulegen, die entweder vom Finanzamt oder vom Sozialamt bescheinigt werden kann, gibt es eine Fülle von antragsbewehrten Befreiungen, die nicht nur bei der GEZ sehr viel Arbeit machen werden.

Die GEZ belastet auch die Gewerbetreibenden. Firmen sollen Fernseh- und Rundfunkgebühren zahlen. Es hat sich offensichtlich in Köln nicht herumgesprochen, daß so mancher Unternehmer sein Gewerbe von der Wohnung aus betreibt, aus Kostengründen, nicht aus Gemeinheit, versteht sich. Der Datenverbund, der sich unter Innenminister Schäuble noch verschärfen wird, macht es möglich, daß selbst Firmen, die sich nur umbenannt haben, wieder angeschrieben werden und mit Zeitaufwand antworten müssen. Die GEZ könnte hier Zeit und Geld sparen, wenn sie sich die Daten wirklich ansehen würde.

Zum Schluß ein Warnhinweis: die öffentlich-rechtliche Webseite www.gez.de können Sie zwar öffnen und auch die einzelnen Themen anklicken. Das gilt auch für die PDF-Dateien. Wenn Sie diese aber wieder schließen wollen, gibt es einen "Absturz". Da nutzt auch nicht der Text auf der Startseite: *Der Internetauftritt der GEZ wurde für vorbildliche Umsetzung datenschutzrechtlicher und sicherheitstechnischer Maßnahmen mit dem Gütesiegel "ips" (internet privacy standards) ausgezeichnet.*



Die Berliner Tageszeitung DER TAGESSPIEGEL meldet am 12. Juni 2007, daß die DEUTSCHE POST in einem Zustellbezirk in Berlin-Schöneberg unregelmäßig zustellt. Es heißt, nur Gewerbetreibende erhalten regelmäßig die Post. Der Betriebsrat der Post bestätigte das und sagt, die Austräger sind überlastet. Die Postleitung bestreitet sowohl mangelnde Zustellung wie auch Überlastung.

Diese Methode der Nichtzustellung und Selektierung scheint öfters angewandt zu werden. spectator hat das auch am "eigenen Leib" erfahren. Der "quasi noch" Monopolist DEUTSCHE POST verärgert sich seine Kunden und wird sich irgendwann wundern, daß seine Postverteilzentren unterbeschäftigt sind.

Neuerdings gibt es eine Variante der Leistungsverweigerung. Als spectator Infobriefe und Infopost im Postamt aufgeben wollte, fand er die Annahmestelle geschlossen. Im falschen Deutsch und mit falscher Datumsangabe wurde er auf den Nachmittag vertröstet, "wegen Personalmangel", wie es auf Nachfrage hieß. im "Wirtschaftswunderland" Deutschland kann spectator da nur schreiben und sich, ja, nur wundern. Noch haben wir fast vier Millionen Arbeitslose und es ist völlig gegenläufig, auf dem zarten Pflänzchen Konjunktur herumzutampeln. Das gilt sowohl für die DEUTSCHE POST und ihre Mitarbeiter wie auch für die Gewerkschaften.

Aber seit wann interessieren sich Gewerkschaften für Arbeitslose?

Die DEUTSCHE POST verschickt regelmäßig Glanzpapierprospekte, aber auch zwei Zeitschriften: **Post frisch** und **Post plus**.

Die Zielgruppe bei **Post frisch** sind die Briefmarkensammler, die Zielgruppe bei **Post plus**

sind die gewerblichen Nutzer der DEUTSCHEN POST. . Marketing heißt eines der Schlüsselwörter für diese Werbeblut. Nun verhindert Marketing keineswegs, daß spectator im heimischen Postamt von acht "Schaltern" nur zwei offen fand. Dabei war es vormittags und nicht die Zeit des Mittagsschlafes bzw. des Kaffeetrinkens. Es hatten sich zwei "Schlangen" gebildet und es dauerte gut zwanzig Minuten, bis spectator bedient werden sollte. Er hatte fein säuberlich fünf Sorten Briefmarken mit unterschiedlichen Werten aufgeschrieben. Ein Blick der Postmitarbeiterin und drei Striche: > **Diese Briefmarken habe ich nicht.** < Drei Fragezeichen. > **Die müssen Sie sich am Automaten holen.** < Die Stimme von spectator, noch nicht sehr energisch, muß sehr erstaunt geklungen haben, als er die Millionenfrage stellte: > **Ich bin doch im Postamt, oder?** < Der Hinweis auf den Automaten wiederholte sich. > **Und Ihre Kollegin, hat die nicht diese Briefmarken?** < Kurze Frage, kurze Antwort, nein. Die Stimmlage hatte sich jetzt schon etwas erhöht: > **An irgendeinem Schalter muß es doch die Briefmarken geben. Ich verlange, ordentlich bedient zu werden.** < Aus dem Dunkel des Hintergrundes löste sich die Gestalt einer freundlichen Mitarbeiterin der DEUTSCHEN POST und im Nu waren die Briefmarken da. Die DEUTSCHE POST soll ja aufpassen, daß sie nicht in die gleiche Lage kommt, wie die TELEKOM. Die Liberalisierung des Postverkehrs kann durchaus dazu führen, daß die DEUTSCHE POST viele unzufriedene Kunden verliert. Unzufriedenheit kann sich tiefer eingraben als so manche gute Erfahrung. □

Leserbrief

Menschheit ade!? Eine fixe Idee? Oder Leitfa-den für nachwachsende Intelligenz? Vor kurzen sprach ich mit Andreas H. Er ist Mitte 40 und in China (Nanking) aufgewachsen kennt er Mentalität, Sprache + Schrift. Sorge um die Zukunft interessiert den Chinesen nicht, sie denken nur an sich selbst und rücksichtslos machen sie ihren Weg! Das war mal anders, als sie vor uns Deutschen noch Respekt hatten, speziell was das "Kaiser-Reich" in Tsingtau (war mal deutsche Kolonie) erschaffen hatte und die wirtschaftliche Kooperation mit dem "3. Reich". Die Kultur der Deutschen (Beethoven-Mozart-Wagner etc.) hat hohen Stellenwert und "Goethe-Institute" vertieften diese Traditionen. Nur der gegenwärtige Deutsche, der keinen Respekt mehr vor sich selbst hat, wie soll man den noch respektieren? Ein Volk was sich selbst verachtet und seine Geschichte verleugnet kann kein Vorbild mehr sein! Und sonst noch? Für Chinesen ist alles Einheitsbrei nach USrael Vorgabe! Also haut rein und macht Kohle ohne Rücksicht auf das was folgt. Kann das noch revidiert werden? Und wie?

Sicher arbeiten schon Kreise daran und ob so ein oller Spinner Ratschläge geben kann, wird sich zeigen; Erst mal ist äußerste Disziplin und

Selbstbeherrschung notwendig. Es geht vorrangig um Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen für alle Menschen! Und da haben wir einiges anzubieten: Von Konrad Lorenz "Die 8 Todsünden der zivilisierten Menschheit" und da ist eine hier praktizierte "Bevölkerungsexplosion" auf unsere Kosten wichtigstes Kriterium der gegenseitigen Ausrottung! "Preußen" sollte Zukunftsmodell sein, laut Sebastian Haffher, seinerzeit modernster Staat der Welt! Aufgebaut und gestaltet von Deutschen und Juden in neu zu weckender Eintracht (Bismarck-Lassalle etc.) - was Ansporn für erneute Kooperation zum Wohle aller sein könnte!

Organisieren tut sich schon einiges, sinnvollerweise nicht in den korrupten Parteien, sondern kleinen Zirkeln, verschwiegene Kreise und "Nachbarschaften" (Berlin-Kassel nach A. Mahraun) aufgebaut, und noch mehr tut sich in anderen Ländern und im Internet. Qualifizierte Aufrüttler und Mahner werden besser und mehr! Auf Dauer läßt sich der Groll nicht deckeln, sorgen wir nur dafür, daß der Aufbruch zur Befreiung nicht ins nächste Chaos führt!

Alle friedlichen Ideen sind gefragt, hier nur Beispiele: Immer mehr trennen sich vom Fernsehen, von der Verblödungsindustrie - Verweigern Zahlung von Gebühren und Steuern an eine kriminelle Vereinigung! Denn nichts anderes ist ein Machtapparat, der weisungsgebunden das eigene Volk quält. Es gibt Zusammenschlüsse aller Art, nicht nur bei uns, wo z.B. "Freie Republik Uhlenhof" ausgerufen wird und die vermeintlichen Machthaber werden zunehmend ratloser. Bestimmt fällt den jüngeren Mitstreitern noch keck-fröhlich Spektakuläres ein, um den rachsüchtigen Hebräern den Wind aus den Segeln zu nehmen, damit sie sich in Ruhe dem gemeinsamen Ziel widmen können: Diesen einmaligen Planeten als Heimat der Menschen friedlich zu bewahren! Jeder mache was er kann!

Hamburg im Juni 2007 Heinz Böhmecke

(D.K.) Dieser Leserbrief bedarf der direkten Antwort, denn Vieles kann nicht stehen bleiben, so wie es der Leser geschrieben hat.

Kulturpessimismus ist so alt wie die Menschheit und scheint sehr viel Spaß zu machen. . die "... Chinesen denken nur an sich selbst und" sind "rücksichtslos", "nur" weil "der gegenwärtige Deutsche ... keinen Respekt mehr vor sich selbst hat."

Verschrobener geht es fast nicht. So könnte man meinen, die Fernsehbilder der Hochhäuser von Shanghai und der Industrie- und Handelsgebiete und der Proteste der chinesischen Bevölkerung gegen die Umweltvergiftung würden nur infolge der mangelnden "Disziplin und Selbstbeherrschung" der Deutschen über den Äther flimmern.

So langsam muß doch klar sein, daß jeder Mensch, jedes Volk, jede Kultur, jede Region, für sich selbst verantwortlich ist.

Der religiöse us-amerikanische Faschismus à

la Rockefeller und Bush sollte durch völkerrechtliche Mißachtung und Ausschluß bestraft werden.

Es gibt genug Warnungen und Mahnungen an die Volksrepublik China, gerade auch aus Deutschland, z.B. von den Menschen, die wir noch kennenlernen konnten, wie Wolf Schenke und Hermann Schwann, nicht die gleichen wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Fehler zu machen, die diese beiden Zeugen es für Deutschland schon in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen hatten zu sehen.

Mahraun, Steiner, Gesell und viele andere mehr haben in Deutschland bereits in den 20er Jahren wirtschafts-, gesellschaftspolitische. und kulturelle Vorschläge gemacht, die uns mit Sicherheit vor der Hitlerei bewahrt hätten. Diese und andere neue Ideen würden uns heute vor den Folgen des us-amerikanischen Faschismus und seinen Ablegern in Deutschland und anderswo bewahren.

Hitler und seine Bewegung sind von den Weltbankiers für drei Aufgaben bezahlt worden:

1. Der Holocaust an den materiell armen Juden, um den Staat Israel möglich zu machen, der die Ölvorräte im Nahen Osten sichern soll(te),
2. Die Vernichtung der russischen Kultur zur Scherung der dort vorhandenen Rohstoffe für die Kapitaleigner,
3. Die Vernichtung der deutsch-europäischen Kultur zur Sicherung von materieller Macht auf dieser Erde.

Wir Deutschen haben das geduldet und sogar bejubelt. Ein großer Teil tut es heute noch. Wir haben nichts für unsere jüdisch-gläubigen Nachbarn deutscher Staatsangehörigkeit getan. An dieser, unserer Verantwortungslosigkeit werden wir noch lange zu knabbern haben.

Übrigens ist es immer so: wer unreflektiert und mit pauschalen Verbalinjurien auf den "Staat" schimpft, will auf die gesamte Infrastruktur nicht verzichten. Das soll alles möglichst billig sein, aber er selbst muß natürlich über viel Geld verfügen. Gegen den Zins (und die Ausbeutung) sind die meisten nicht, denn sie freuen sich über die mickrigen Zinsen ihres Sparguthabens. Sich über die Zusammenhänge zu informieren, das bedeutet ja geistige Arbeit, und daran ist Rockefeller oder das internationale Judentum schuld, daß wir diese geistige Arbeit nicht leisten können.

Manchmal reicht es mir wirklich!

Übrigens, warum sollten wir "verschwiegen" sein?

Noch eine Nachbemerkung: die hochgelobten und bejubelten Preußischen Ulanen waren fast alle islamisch-bosnischer Herkunft. Die preußische Armee unter Friedrich II. und später hatte extra im Kasernenbereich Moscheen eingerichtet. Es gab auch damals schon Friedhöfe für Muslime. Daß diese Muslime ausstarben, lag u.a. an den hübschen, blonden brandenburgischen Mädchen, mit denen die Ulanen

mit und ohne Trauschein fleißig Kinder zeugten, und an der damals noch vorhandenen Strahlkraft des Christentums.

Friedrich der Große, einer der Säulenheiligen deutsch-nationaler "Sehnsüchte", war der "Erfinder" dieser Truppe. Dieser deutscheste aller deutschesten Herrscher bevorzugte eindeutig die französische Sprache und Kultur (Lebensart).

Französisch wird natürlich in der "Freien Republik Uhlenhof" nicht gesprochen.

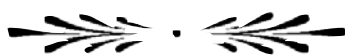
Die Geschichtsbilder der Deutschen, politisch "links" und "rechts", sind sachlich falsch. Wenn es "Vorgaben nach USsrael" gibt, sind sie nicht zu beachten. Basta! □

Kleiner Kulturspiegel

(Reinhard Welker, 3. 6. 07) **Friedrich, der große König. Sanssouci, Symbol der Größe, Hort der Kultur, Schlüssel zur Philosophie.**

Ich wanderte durch den Park Sanssouci, ohne das Schloß je zuvor gesehen zu haben Plötzlich erhob es sich in der Ferne, davor die hängenden Gärten der Semiramis! Terrassenförmig aufeinander aufbauende Gebilde, Wände, an den Feigenbäume wuchsen, davor an den unteren Terrassen, schwere Glastüren, die vermutlich bei Kälte von Hand geschlossen werden.

Ich schritt die Stufen der gewaltigen Freitreppe hinan. Ein überwältigender Eindruck! Ich spürte förmlich den Geist Friedrichs in mir. Erklang nicht ganz leise aus der Ferne eine Flöte? Ich folgte den Flötentönen zögernd, etwas ungläubig. Da stand der Flötenspieler am Fuß einer Seitentreppe und spielte im historischen Gewand Friedrichs klassische Weisen, nicht sehr virtuos, aber doch so, daß die Melodien zu Herzen gingen.



(D.K.) Am 9. Juni 2007 sah ich im **BERLINER ENSEMBLE Theater am Schiffbauerdamm** das Theaterstück *Totentanz* von August Strindberg. Ich habe selten in den letzten Jahren eine so gute Inszenierung gesehen wie die von Thomas Langhoff. Die Premiere in diesem Jahrtausend war am 16. Dezember 2006. Es ist kaum zu glauben: eine so junge Inszenierung und so stimmig in der Bewältigung von Themen und Darbietungen. Das sollte in den Annalen der Theaterkritiken Anfang dieses Jahrtausends festgehalten werden.

Dabei sind die Themen Dauerehekrise = Beziehungskrisen in allen ihren Variationen heutzutage eher langweilig, wenn nicht wenigstens ein Partner zum juristischen Schwert der Scheidung greift und es mindestens einen Toten gibt.. Nein, in diesem Stück kabbeln sich ein Ehepaar unter Assistenz eines alten Freundes bis zum vermeintlich guten Ende. Das Ehepaar geht auf besondere Weise sehr autoritär miteinander und mit dem Freund um. Einerseits kleben sie regelrecht aneinander, andererseits versuchen

die Ehepartner, mit "Lug und Betrug" in den wortreichen Auseinandersetzungen "zu punkten". Die Psychologie der "Tragödie" wird in spannender Form sichtbar gemacht. "Tragödie" meine ich hier völlig "ungriechisch", obwohl mir die Vorstellung, daß "Tragödie" ursprünglich "ein Lied beim Opfer eines Bockes am Dionysosfest" oder auch "ein Gesang um den Preis eines Bockes" gewesen sein soll, sehr gefällt.

August Strindberg war ein schwedischer Schriftsteller und lebte von 1849 bis 1912. Mit seinen Theaterstücken und Romanen polarisierte er zu seiner Zeit die Theater- und Lesergemeinde. In seinen Stücken, auch im *Totentanz*, setzte er sich mit seinen eigenen Erfahrungen in Gesellschaft, Ehe und Familie auseinander.

Totentanz wurde 1905 am Alten Stadttheater in Köln mit mäßigen Erfolg aufgeführt. Erst 1912 kam der Durchbruch in einer Inszenierung am Deutschen Theater Berlin unter der Regie von Max Reinhardt.

Wenn Sie sich das Reclam-Heft *Totentanz* für € 3,40 kaufen, werden Sie feststellen, daß das Stück noch einen Zweiten Teil hat, der aber schon lange Zeit nicht mehr gespielt wird. Das Theater war fast bis auf den letzten Platz besucht.

Buchvorstellungen

Nichts führt zurück; Flucht, Vertreibung, Integration 1944-1955; 29 Zeitzeugen-Erinnerungen; 320 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Karte im Vorsatz.

Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestelliste an.

Das Thema der großen Flucht, welches zuletzt als Liebes- und Lebens-Abenteuer über die deutschen Bildschirme lief, wird in dem jetzt erschienenen Buch "Nichts führt zurück" in authentischen Zeitzeugen-Erinnerungen erzählt. In 29 Beiträgen schildern Menschen, die selbst dabei waren, ihre Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten.

Vielfältig wie das Leben sind die geschilderten Erlebnisse. Die deutschen Ostgebiete bestanden nicht nur aus Dörfern und Kleinstädten, aus denen die Menschen mit Pferd und Wagen flüchteten. Bei extrem niedrigen Temperaturen zogen sie in großen Flüchtlingstrecken vor der nahenden Roten Armee gen Westen.

Millionen sammelten sich in den Küstenorten der Ostsee, um per Schiff zu fliehen. In den größeren Städten warteten die Menschen mit Handgepäck auf den Bahnhöfen. Sonderzüge sollten sie nach Westen bringen. Viele machten sich in ihrer Angst zu Fuß auf und erreichten erst nach Wochen sichere Orte.

Die Zeitzeugen erzählen auch von den unvorstellbaren Lebensverhältnissen, in die die meisten Flüchtlinge gerieten. Im kriegszerstörten Deutschland herrschten Wohnungsnot und Hunger. Die zusätzliche Unterbringung von mehr als zwölf Millionen Vertriebenen ver-

schärfte diese Situation ins Unerträgliche. Für Millionen Menschen blieb dieser Zustand über Jahre der Alltag. Voller Mißtrauen betrachteten die Einheimischen ihre neuen Nachbarn. Von den Erinnerungen an die große Flucht sind noch heute etwa 30 Prozent der deutschen Bevölkerung direkt berührt. Das Buch "Nichts führt zurück" schildert einen Teil ihrer persönlichen Familiengeschichte.



Hermann Benjes: Wer hat Angst vor Silvio Gesell? Das Ende der Zinswirtschaft bringt Arbeit, Wohlstand und Frieden für alle.

Diese Buchbesprechung habe ich der Web-Seite www.muslix.de/HB entnommen. Sie stammt von Prof. Dr. Eckhard Grimmel, Institut für Geographie der Universität Hamburg.

Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestellliste an.

In der Tradition Silvio Gesells hat Hermann Benjes auch der 8. Auflage seines Buches wieder ein neues Vorwort vorangestellt, das klar erkennen läßt, wohin die Reise geht und gehen muß: Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung. Wer jedoch diesen Traum (eines jeden Finanzministers!) auch nur in Erwägung zieht, stößt heute weder in der Politik noch in den Medien auf die Bereitschaft, einer derartigen Wunschtraumerfüllung auf den Grund zu gehen.

Benjes weiß dieser weit verbreiteten Skepsis zu begegnen, indem er zunächst einmal per Zeitraffer die Entwicklungsgeschichte des Geldes von der nacheiszeitlichen Urwirtschaft bis zur pervertierten Schuld- und Zinswirtschaft unserer Tage darstellt. Damit legt der Autor ein auch für Laien gut überschaubares Fundament für den Einstieg in die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells (1862-1930).

Benjes, der einmal einer der erfolgreichsten Buchverkäufer Schwedens war, hat an seinen Büchertischen oft beobachten können, daß die Besucher seiner Vorträge durch "Textbrei" abgeschreckt werden. Darum wurde auch die 8. Auflage wieder mit über 30 Fotos aufgelockert. Zündende, ganz kurze Begleittexte verleiten auch flüchtige Leser zum "Festlesen". Wenn Leser ihm schreiben, das Buch nicht nur gelesen, sondern auch "gefressen" zu haben, wird deutlich, welche schriftstellerischen Möglichkeiten dem Autor zur Verfügung stehen.

Natürlich ist es kein Buch, das man humorlosen "Erbsenzählern" bedenkenlos empfehlen kann; aber es ist die reinste "Frischzellenkur" für Freiwirte, die ihren Glauben an die Durchsetzbarkeit der Natürlichen Wirtschaftsordnung (NWO) zu verlieren drohen.

Für die Verursacher und Verwalter der Massenarbeitslosigkeit, die an der heutigen Schuld- und Zinswirtschaft dennoch ungerührt festhalten wollen, ist jede Seite dieses mitreißend geschriebenen Buches ein Schlag ins Gesicht. Eigentlich sollte "Wer hat Angst vor Silvio Gesell?" für Politiker, Unternehmer, Wirtschafts-

wissenschaftler und Pressevertreter zur Pflichtlektüre gemacht werden, damit diese endlich beginnen, sich kritische Gedanken über das heutige Geldsystem zu machen.

War es schon immer schwer, ja unmöglich, die Natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) Gesells zu widerlegen, wird es durch dieses Buch jetzt auch schwer, der faszinierenden NWO zu widerstehen. Mit dieser höchst anspruchsvollen Zielsetzung ist der Autor auch bei der gründlich überarbeiteten und erweiterten 8. Auflage wieder an die Arbeit gegangen und liefert jetzt ein Buch ab, das - um einen seiner Ausdrücke zu gebrauchen - wirklich zu den größten Hoffnungen Anlaß gibt.

Sein Naturell läßt offenbar nicht zu, sich nach links oder rechts abzusichern, oder anzubiedern. Er schreibt, wie er in seinen Vorträgen spricht und geht seinen Weg mit unbestechlicher Fixierung auf Silvio Gesell, den er für den bedeutendsten Helfer der Menschheit des 20. Jahrhunderts hält. Es ist also kein Buch für Leute, die sich im "Windschatten" Gesells ihren eigenen "Laden" eingerichtet haben, indem sie Teile der Gesell'schen Lehre als ihr geistiges Eigentum feilbieten.

Ich möchte besonders hervorheben, daß es Benjes gelungen ist, nicht nur ein Lese- sondern auch ein Aktionshandbuch geschrieben zu haben, das seinesgleichen sucht. Es wird darin deutlich, daß seine Sympathien und Hoffnungen auf Mitstreiterinnen und Mitstreiter gerichtet sind, die der Lektüre dieses Buches das unerschrockene "Zur-Tat-Schreiten" als notwendige und logische Konsequenz folgen lassen. Und er spart auch nicht mit Ermutigungen, Ratschlägen und konkreten Handlungsanweisungen. An die Stelle des üblichen "man sollte, man müßte" läßt Benjes nur noch das entscheidende "ich werde" gelten.

Wer den Autor persönlich kennt, weiß, daß er schon seit Jahren seinen Plänen und Projektankündigungen grundsätzlich auch Taten folgen läßt, die im Buch z.T. ausführlich und zur Nachahmung einladend beschrieben werden. So sicher ist er sich inzwischen eines Teils seiner Leserschaft, daß er es gewagt hat, das vorletzte Kapitel seines Buches mit einer "Sollbruchstelle" für entbehrliche Leser auszurüsten; sicher ein Novum in der Literatur.

Hilfreich sind auch die Zusammenfassungen hinter den einzelnen Kapiteln. Das letzte Kapitel "Wie sag ich's meinem Kinde" und die "Schlußbetrachtungen" des 336-seitigen Buches sind Beweise seiner Ambition und Fähigkeit, auch komplizierte Zusammenhänge einfach und einleuchtend darzustellen. Darüber hinaus erwartet den Leser ein mutiges Buch voller Überraschungen, die man in einem Sachbuch über Silvio Gesell eigentlich nicht erwartet. Und es ist schließlich ein immer wieder aufblitzender Humor und ein wohl dosierter Sarkasmus, der die Lektüre von der ersten bis zur letzten Seite zu einem Lesevergnügen der besonderen Art werden läßt.

Es ist sehr zu wünschen, daß "Wer hat Angst vor Silvio Gesell?" von Hermann Benjes auch in andere Sprachen übersetzt und zu einem weltweiten Bestseller wird, damit sich die Gesetzgeber aller Staaten nicht länger vor den Gesell'schen Reformen drücken können.



Ravi Batra: Greenspans Betrug; Die Wahrheit über den Mann, der die Weltwirtschaft wie kein Zweiter prägte, und die Folgen seiner Politik. Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestellliste an.

Dieses brandaktuelle Werk versteht sich als eine kritische Analyse der gesamten Bandbreite von Greenspans Beitrag zur amerikanischen Wirtschaft und zur Weltwirtschaft. Batra überführt Alan Greenspan des Betrugs und belegt dies stichhaltig und wortreich. Lassen Sie sich überraschen von einem nur beinahe unentwirrbaren Geflecht aus Macht und Geld und erkennen Sie, was die amerikanische Politik der vergangenen 30 Jahre wirklich bewegt hat. Und welche ökonomischen Auswirkungen wir nun zu erwarten haben.

Erstaunliche Enthüllungen über den wirt-

- schaftspolitisch mächtigsten Mann der Welt
- Alles über Greenspans Betrug
- Seine größten Fehler und ihre globalen Auswirkungen

Klare Reformvorschläge für die Zukunft
Ravi Batra, so schreibt William A. Barnett, Professor für Makroökonomie, Universität von Kansas "... gilt als einer der scharfsinnigsten Wirtschaftswissenschaftler der Welt. Er gibt sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden, sondern recherchiert in der Tiefe." □

Informationen

Stromsparen - so wichtig wie noch nie

Dipl. Phys. Reinhard Welker, Geschäftsführer der ALCION GmbH Karlsruhe, hielt am 4. Juni in Berlin einen Vortrag zu diesem hochaktuellen Thema für Mitglieder des Binnotec e.V. Tatsache ist, daß in fast allen Haushalten der Republik zu viel Strom verbraucht wird - im Durchschnitt 20 % bis 35%.

Alle wollen zwar Strom sparen, aber kaum jemand weiß, wie das am besten gemacht wird. ALCION hat hierfür eine computerbasierte Methodik zur Serienreife entwickelt und baut jetzt systematisch ein bundesweites Beraternetz auf. Dazu werden selbständige Vertriebs- und Agenturleiter sowie eine große Zahl Stromsparberater - auch nebenberuflich - gebraucht, insbesondere für Berlin, Hamburg und München.
www.alcion.de Tel. 0721-9658 675

(D.K.) Zu diesem Thema biete ich in der beiliegenden Bestellliste das Buch von Uwe Dankert: **Wie Sie Ihre Stromkosten spürbar senken; Den Stromdieben auf der Spur** an.

**SIE WOLLEN ES, WIR HABEN ES!
INSPIRIERENDE LEKTÜRE**

...zu bestellen unter: 030-822 52 11